Fünf Fragen an die Präsidentinnen und Präsidenten der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **22 (1995)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-909709

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

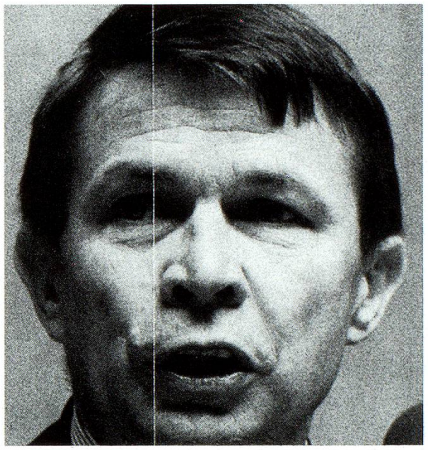
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

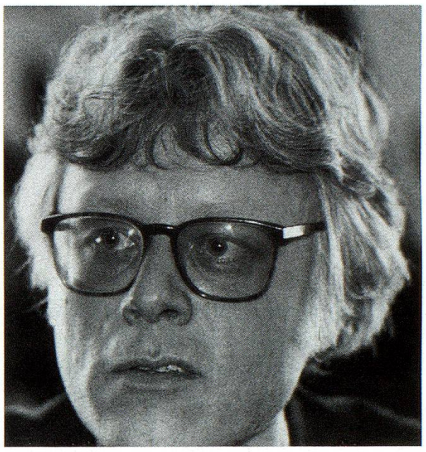
Fünf Fragen an die Präsidentinnen und Präsidenten der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien

(Fotos: Keystone/zvg)



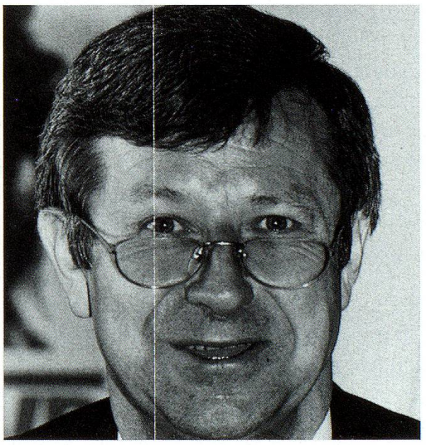
Franz Steinegger

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Sitze im Nationalrat: 44
Sitze im Ständerat: 18



Peter Bodenmann

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)
Sitze im Nationalrat: 43
Sitze im Ständerat: 3



Anton Cottier

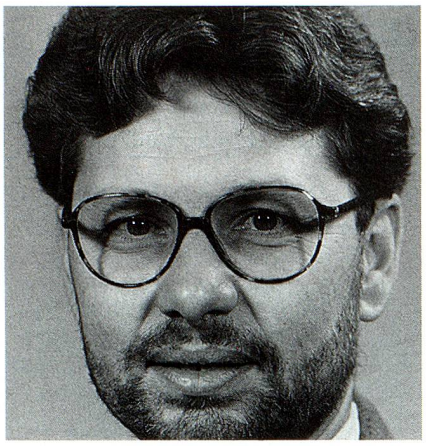
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
Sitze im Nationalrat: 37
Sitze im Ständerat: 16

Hans Uhlmann

Schweizerische Volkspartei (SVP)
Sitze im Nationalrat: 25
Sitze im Ständerat: 4

Fünf Fragen an die Parteien	FDP	CVP	SP	SVP	GRÜNE	+
	Freisinnig-Demokratische Partei *Wahlziel: Die Wähleranteile wieder näher an 25% heranbringen; Position als stärkste Partei ausbauen.*	**Christlichdemokratische Volkspartei** *Wahlziel: 3 Sitze im Nationalrat und einen Sitz im Ständerat dazugewinnen.*	**Sozialdemokratische Partei** *Wahlziel: Wähleranteil über 20%; mindestens 5 Sitzgewinne im National-, 3 im Ständerat; mehr Frauen.*	**Schweizerische Volkspartei** *Wahlziel: die bestehende Sitzzahl in National- und Ständerat halten und wenn möglich ausbauen.*	**Grüne Partei** *Wahlziel: Die Grünen sollen die fünftgrösste Partei der Schweiz (grösste Nichtregierungspartei) bleiben.*	**Liberale Partei** *Wahlziel: Position halten; Erfolge dort erzielen, wo die Partei zum ersten (BE, ZH) oder zweiten Mal (VS) antritt.*
Weshalb sollten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gerade Ihrer Partei die Stimme geben?	Weil die FDP beides ist: Weltoffen und heimatverbunden. Vor 150 Jahren war sie die Gründerpartei dieses Staates. Heute wahrt sie das kostbare Erbe der Väter, kämpft aber entschlossen dafür, dass die Schweiz ihren Platz in Europa und in der Welt halten kann. Damit es wieder aufwärts geht!	Die CVP setzt sich als Regierungs- und Volkspartei für Lösungen ein, die auch die Interessen der Minderheiten berücksichtigen. Die CVP nimmt deshalb auch die Anliegen der «Fünften Schweiz» ernst: mit Elisabeth Hall-Zeller kandidiert eine Auslandschweizerin auf der Frauenliste der CVP des Kantons St. Gallen für den Nationalrat.	Wir wollen nicht die Stimmen aller Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Für uns stimmen jene, die eine soziale, umweltfreundliche und offene Schweiz wollen. Die SP ist die einzige Bundesratspartei mit einem klaren Kurs in Sachen Europa. Die SP ist mit mehr Frauen im Nationalrat vertreten als alle drei bürgerlichen Bundesratsparteien zusammen.	Ein solider Mittelstand trägt als fester Hauptpfeiler Bestand und Wohlergehen unseres Landes. Die SVP vertritt diesen Mittelstand, der heute von allen Seiten belastet wird. Ausserdem setzt sich die SVP für die Werte ein, welche in einer schnellen Veränderungen unterliegenden Gesellschaft verlorenzugehen drohen. Dies macht sie auch für Auslandschweizer attraktiv.	Aus dem gleichen Grund, wieso auch «Inlandschweizer» uns die Stimme geben: Die globalen ökologischen und sozialen Probleme brauchen neue Antworten. Die Grünen sind Träger des neuen, ökologischen Denkens. Es braucht mehr grüne Farbe in der Politik!	Die LPS war seit jeher eine Verfechterin der politischen Rechte der Fünften Schweiz. Die Wiederbelebung des Föderalismus, die Neubeurteilung der Rolle des Staates und der Subventionen sowie die Fortführung einer Integrationspolitik in die EU sind die Schwerpunkte der nächsten Legislatur, welche die Auslandschweizer interessieren müssen.
Soll die Schweiz nach Ablauf der bilateralen Verhandlungen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufnehmen?	Zuerst müssen die Ergebnisse vom Volk gutgeheissen werden. Danach sind die Entscheide der EU-Regierungskonferenz sowie die Situation im Inland sorgfältig zu analysieren. Allfällige Beitrittsverhandlungen sind erst nach 2000 denkbar. Eine umfassende Mitwirkung in Europa ist aber nur über einen EU-Beitritt möglich.	Wir unterstützen die bilateralen Verhandlungen, weil wir damit eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit mit der EU schaffen können. Sicher ist, dass damit die Öffnung unseres Landes nicht abgeschlossen ist. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen oder eine zweite Abstimmung über den EWR sind Möglichkeiten der Fortsetzung unseres Weges nach Europa.	Im Rahmen der mühsamen bilateralen Verhandlungen bekommen wir weniger als mit dem EWR und bezahlen mehr dafür. Die Schweiz muss nach dem Abschluss dieser Verhandlungen mit der EU über den Beitritt verhandeln. Mehrheiten wird es nur geben, wenn die Politik den Ängsten der Menschen mit europakompatiblen flankierenden Massnahmen Rechnung trägt.	Die SVP kann einer EU, wie sie sich heute in ihren Strukturen und Zielsetzungen präsentiert, nicht zustimmen. Deshalb haben wir in unserem Parteiprogramm festgelegt: «Ein Beitritt zur EU ist kein Ziel der schweizerischen Aussenpolitik.» Die SVP unterstützt den Bundesrat in seinen Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluss der bilateralen Verhandlungen.	Ja! Der bilaterale Weg kann für einzelne Probleme Lösungen bringen. Was in Zukunft jedoch nötig ist: Umfassende und verbindliche internationale Zusammenarbeit. Wir befürworten die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU.	Nach der Analyse der Ergebnisse der bilateralen sektoriellen Verhandlungen muss in den Augen der Liberalen über den geeigneten Moment für die Reaktivierung des Beitrittsgesuches zur Europäischen Union entschieden werden.
Zur Sanierung der Bundesfinanzen: In welchen Bereichen sehen Sie Sparmöglichkeiten? Welche Mehreinnahmen kommen für Sie in Frage?	Die Staatsquote ist in der Schweiz viel zu hoch. Darum lehnt die FDP grundsätzlich Mehreinnahmen des Bundes ab. Der Staatshaushalt kann nur via Sparmassnahmen gesunden: Revision des Finanzausgleichs, Ausholzen des Subventions-Dickichts, Effizienzsteigerung der Staatstätigkeit.	Mehreinnahmen kommen für die CVP der Schweiz erst dann wieder in Frage, wenn der Bund den Sparbeweis erbracht hat. Bei den Ausgaben war unser Land viel zu perfektionistisch; nur das beste war gut genug. Diese Mentalität müssen wir ändern. Wenn wir in Zukunft etwa beim Strassenbau nur die zweitbeste Lösung wählen, können wir damit sehr viel Geld sparen.	Die Schweiz kann die Kosten der Armee halbieren. Dies spart Bund und den Unternehmen je 3 Mia. im Jahr. Trotzdem hätten wir noch die stärkste Armee pro Fläche in Europa. Wir geben heute 1 Mia. für die Verwertung von Butter und Käse aus. Das ist zuviel. Die öffentliche Hand kann Waren und Dienstleistungen günstiger beziehen, wenn wir die Kartelle sprengen.	Eine weitere Schröpfung des Bürgers ist nicht zu verantworten. Die SVP ist grundsätzlich gegen Mehreinnahmen. Sie will zuerst sinnvoll sparen, Möglichkeiten liegen u.a. im Asylbereich, in Auslandbeziehungen/Entwicklungshilfe, bei den Missbräuchen in der Arbeitslosenversicherung sowie im staatlichen Wohnungsbau.	Wir unterstützen das Sanierungsziel des Bundesrates: 50% Einsparungen, 50% Mehreinnahmen. Sparen beim Zivilschutz, beim Strassenbau, beim Militär, bei der Atomenergie; Mehreinnahmen vor allem durch Erhöhung von Abgaben auf Tabak und Benzin.	Die Liberale Partei ist der Ansicht, dass Bundessubventionen nicht mehr automatisch und ewig gewährt werden sollen, sondern an eine Kontrolle der entsprechenden Leistung gebunden sein müssen. Bei den unbestrittenen Leistungen des Bundes (soziale Sicherheit) geht es darum, die Mittel gezielter einzusetzen.
Welche Massnahmen wollen Sie ergreifen, um Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern den Anschluss ans schweizerische Sozialversicherungssystem zu wahren?	Die FDP ist der Meinung, dass die im internationalen Vergleich hervorragende Alterssicherung via AHV den Auslandschweizern bei jedem Weiterausbau offen bleiben muss. Darum hat sie sich bei der 10. AHV-Revision vehement für die Landsleute im Ausland eingesetzt. Wir werden es bei der 11. wieder tun.	Der CVP-Grundsatz «kein Sozialabbau» ist auch für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gültig. Wir haben uns z.B. an vorderster Front für das neue Krankenversicherungsgesetz engagiert, mit dem ein grosses Anliegen der Auslandschweizer erfüllt wird, indem sie sich nach der Rückkehr in ihre Heimat wieder versichern können.	Viele Fragen lassen sich im Rahmen des nationalen Rechtes lösen. Andere brauchen gegenseitige Anerkennung im Rahmen internationaler Übereinkommen. Sicher ist dabei: Am meisten gedient ist den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, wenn die Bestimmungen des EU-Rechtes für sie zur Anwendung kommen. Innerhalb und ausserhalb Europas.	Die bilateralen Sozialversicherungsabkommen sind strukturell auszubauen. Sollte die freiwillige AHV für Auslandschweizer als Folge eines EU-Beitrittes wegfallen, so wäre frühzeitig gleichwertiger Ersatz zu schaffen.	Ein EU-Beitritt würde für die in der EU lebenden AuslandschweizerInnen einen Grossteil dieses Problemes lösen. Gleichzeitig sind weitergehende Abkommen und die Möglichkeit des Verbleibens in schweizerischen Sozialversicherungen vorzusehen.	Im Rahmen der europäischen Integration muss das Koordinationsproblem zwischen verschiedenen Sozialversicherungssystemen gelöst werden. Wichtig ist, dass die Auslandschweizer in den Genuss von angemessenen Leistungen (v. a. in der Altersvorsorge) gelangen.
Wer als Schweizer mit einem ausländischen Diplom in der Schweiz eine Ausbildung absolvieren will, steht oftmals vor kaum überwindbaren Hindernissen. Wie soll dem abgeholfen werden?	Die Schweiz muss für Auslandschweizer immer offen sein. Die FDP setzt sich für gleiche Zulassungsbedingungen an unseren Universitäten und für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausweisen ein. Zudem: Die FDP International vermittelt Informationen für Auslandschweizer.	Wir sind für die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU. Damit kann auch die gegenseitige Anerkennung von Diplomen sichergestellt werden. Das ist eine Lösung, die auch im Interesse der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer liegt, die in ihrer Heimat eine Ausbildung absolvieren wollen oder einen Arbeitsplatz suchen.	Noch sitzen wir auf vielen Gebieten auf dem hohen Ross und haben den Eindruck, nur die in unserem Land genossene Ausbildung genüge den Anforderungen der Zukunft. Dies gilt selbst noch für viele kantonale Diplome. Hier kann die Schweiz unabhängig von internationalen Abkommen und europäischer Integration tätig werden.	In Staatsverträgen ist auf eine gegenseitige Anerkennung der Diplome hinzuarbeiten. Nicht nur schweizerische Diplome sollen im Ausland Geltung haben, auch gleichwertige ausländische Diplome sollen in der Schweiz anerkannt werden. Sind ausländische Ausweise nicht gleichwertig, sind Anschlusskurse oder Zusatzausbildungen mit Ergänzungsprüfungen anzubieten.	Ganz einfach durch weniger restriktive Anerkennungsregelungen. Hier würde ein EU-Beitritt einige Probleme lösen. Dies wäre aber auch ohne EU-Beitritt möglich! Generell: Der Ausbildung sind möglichst wenig Hindernisse in den Weg zu legen!	Die LPS anerkennt, dass Diplome in verschiedenen Ländern verschieden beurteilt werden können. Zweifelsohne muss jedoch eine gegenseitige Anerkennung jener Diplome angestrebt werden, die man als gleichwertig betrachtet.

reiheitspartei *ahlziel: Sitzgewinne.*	**Landesring der Unabhängigen** *Wahlziel: Wahrung des Besitzstandes oder ein Sitzgewinn.*	**Schweizer Demokraten** *Wahlziel: Die heutigen 5 Nationalratssitze halten und 2 Sitze dazugewinnen.*	**Evangelische Volkspartei** *Wahlziel: Erhöhung des Wähleranteils und zwei Sitzgewinne.*	**Lega dei Ticinesi** *Wahlziel: Wähleranteil von 25% im Tessin, zwei Sitze im Nationalrat.*	**Partei der Arbeit** *Wahlziel: Fraktionsstärke erreichen (mindestens 5 Sitze).*	**Eidg.-Demokratische Union** *Wahlziel: Erreichen eines zweiten Berner Mandats; ein Sitzgewinn in den Kantonen Aargau, Zürich und Waadt .*
uslandschweizerinnen und Auslandhweizer sind unserer Ansicht nach it der Schweiz nach wie vor stark rbunden. Die FPS setzt sich für den ortbestand der Eidgenossenschaft nd den Erhalt der Volksrechte ein. ine Öffnung der Schweiz gegenüber er übrigen Welt unterstützen wir, enn sie auf der Basis von gegenseitier Achtung und Akzeptanz basiert.	Weil der Landesring seit jeher für eine weltoffene Schweiz eintritt und dies in der Europafrage erneut unter Beweis stellt. Die Gastländer sind Schweizern gegenüber eher positiv eingestellt, wenn sich unser Land nicht abkapselt.	Die Schweizer Demokraten kämpfen für die grösstmögliche Unabhängigkeit und die Erhaltung der Neutralität unseres Landes. Der 20prozentige Ausländeranteil, die Überfremdung und Übervölkerung müssen abgebaut werden.	Weil die EVP eine offene Haltung zu Europa und der übrigen Welt hat. Sie hat den UNO- und EWR-Beitritt bejaht. Unter Berücksichtigung des Wählerwillens ist der EU-Beitritt jetzt kein Thema. Aber die bilateralen Verhandlungen müssen geführt und ein Entscheid vorangetrieben werden.	Auslandtessiner (nicht Auslandschweizer) sollten aus zwei Gründen die Lega wählen: 1. weil sie ihre geliebte Heimat wegen eines politisch und wirtschaftlich ungünstigen Klimas verlassen mussten; 2. weil die Lega dafür kämpft, dass jeder Tessiner die Möglichkeit hat, im Tessin in Freiheit und Demokratie arbeiten und gut leben zu können	Die PdA vertritt eine Politik welche die Bedürfnisse aller Menschen dieser Welt berücksichtigt, der Plünderung der Ressourcen und der Zerstörung der Natur Einhalt gebietet. Als Beitrag zu einer solchen Politik der Solidarität wollen wir in unserem Land die Bewegung für den Sozialismus stärken und mit allen Benachteiligten für mehr Gerechtigkeit kämpfen.	Die EDU ist die einzige echt unabhängige Partei. Sie fühlt sich in ihrem Denken, Reden und Handeln nur den Grundsätzen der Bibel verpflichtet. Die EDU nimmt Verantwortung gegenüber allen Mitbürgern wahr. Sie ist der Meinung, dass die Eigenverantwortung des Einzelnen nicht mit staatlichen Mitteln ersetzt und aufgehoben werden.
ir unterstützen die bilateralen Verandlungen und hoffen auf einen akeptablen Abschluss derselben. Beirittsverhandlungen mit der EU in der eutigen Form kommen für uns jeoch nicht in Frage! Föderalistisches Gedankengut und die Wahrung der olksrechte sind nach unserem Dafürhalten in der EU des Jahres 1995 noch icht respektive zu wenig entwickelt.	Im Nationalrat hat der Landesring vorgeschlagen, noch während der bilateralen Verhandlungen mit den Beitrittsgesprächen zu beginnen. Auf jeden Fall müssen nach den bilateralen Verhandlungen auch Beitrittsgespräche geführt werden.	Die SD/Lega-Fraktion der Bundesversammlung hat eine Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk» eingereicht. Wir lehnen den Beitritt zur zentralistischen und undemokratischen EU ab. Als weltoffenes Land werden wir trotzdem weiterhin wirtschaftlich und politisch erfolgreich bleiben.	Diese Frage kann nicht ernsthaft gestellt werden, wenn die bilateralen Verhandlungen ernstgenommen werden. Zuerst müssen Ergebnisse vorliegen und anschliessend ist der Entscheid neu zu beurteilen. Sicher ist, dass die Schweiz ein Teil Europas ist und sich nicht dauernd abkapseln kann.	Bitte schön! Die Schweiz ist stärker, als einem in den bilateralen Verhandlungen glauben gemacht wird. Vergessen wir nicht, dass sie Sitz zahlreicher öffentlicher und privater, ausländischer und nationaler Institutionen ist. Unsere Wirtschaftskraft ist gross genug, um nicht erpresst werden zu können. Es darf keine Zugeständnisse geben.	Ja. Die Schweiz muss der EU beitreten, gleichzeitig aber das Wiederverhandeln des Vertrages von Maastricht auf deutlich sozialerer Basis fordern und damit gegen eine Festung Europa und ungleiche Entwicklungschancen antreten. Ziel ist ein fortschrittliches und soziales Europa der Regionen, entmilitarisiert und demokratisch.	Nein. Unser Land sollte weltoffen und nicht europahörig sein. Die Schweiz verhielt sich in der Vergangenheit solidarisch mit der ganzen Welt. Dies sollte innerhalb der Neutralität auch weiter so bleiben. Die anvisierte europäische Integration beinhaltet grosse Nachteile: Einschränkung der Volksrechte, nur noch eine Aussenpolitik, Abschottung von Europa gegenüber der Welt.
parpotential ist unter anderem in den Bereichen der öffentlichen Verwalung, des Kollektivverkehrs, der Sozialleistungen und der sogenannten Entwicklungshilfe vorhanden. Bevor die staatlichen Leistungen nicht auf das Notwendige beschränkt werden, kommen für die FPS absolut keine Mehreinnahmen in Frage.	Gespart werden kann bei den Subventionen durch Vereinfachung und Straffung. Grosse Einsparungen sind durch mehr Markt bei öffentlichen Beschaffungen möglich. Weitere Sparmöglichkeiten bestehen in der Landwirtschaft und beim Strassenbau.	Die Schweizer Demokraten kämpfen gegen neue und höhere Steuern und sind für einen konsequenten Sparkurs. Im Asylwesen werden hunderte von Millionen Franken verschleudert, und bei der unkontrollierbaren multilateralen Entwicklungshilfe liegt auch ein grosses Sparpotential.	Die EVP hat die Sparanträge des Bundesrates (im Gegensatz zu Bundesratsparteien) unterstützt. Sparpotential ist bei den Subventionen (gleichzeitiger Abbau von hohen Normen) möglich. Mehreinnahmen über Mehrwertsteuer (zweckgebunden AHV, soziale Leistungen Mutterschaftsversicherung) sind nur bedingt möglich.	Sprechen wir vielmehr von der Geldpolitik. Die öffentliche Verschuldung muss erhöht und der Zinssatz gesenkt werden. Würde die Schweizerische Nationalbank 10 000er-Noten drucken und sie allen Schweizern verteilen, würde der Franken nicht nur kaum abgewertet, sondern auch den inländischen Konsum fördern.	Sparmöglichkeiten sehen wir v. a. beim Militär. Wir verlangen eine direkte Bundessteuer auf den Vermögen der natürlichen und juristischen Personen, wodurch zusammen mit einem wirksamen Kampf gegen die Steuerhinterziehung die notwendigen Mia. beschafft werden können, um die sozialen Errungenschaften zu sichern und die Bundesfinanzen zu sanieren.	Um allen bisherigen Staatsaufgaben gerecht zu werden, gibt es nur wenige oder gar keine Sparmöglichkeiten. Eine neue Definition aller Staatsaufgaben müsste überprüft werden. Die Steuer-, Gebühren- und Sozialbelastung in der Schweiz wird unerträglich. Eine Erhöhungen der Abgaben ist verantwortungslos.
Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern muss es weiterhin möglich sein, Mitglied der schweizerischen Sozialversicherungen zu bleiben. Dies erscheint uns vor allem bei der AHV wichtig. Zudem sollen sich im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer nach einer eventuellen Rückkehr in die Schweiz in die bestehenden Sozialwerke «rückeinkaufen» können.	Nach der 10. AHV-Revision gilt es nun, in einer 11. Revision die Auswirkungen der demographischen Entwicklung generell aufzunehmen.	Die Schweizer Demokraten haben sich bei den Parlamentsdebatten für den Anschluss der Auslandschweizer ans Sozialversicherungssystem eingesetzt, genauso wie sie bei der Revision der Lex Friedrich gegen die Diskriminierung der Auslandschweizer ankämpften.	Eine sehr komplexe Thematik, welche letztlich nur in Absprache und Verträgen zwischen betroffenen Staaten geregelt werden kann. Im Grundsatz unterstützt die EVP jedoch mit allem Nachdruck eine Einschliessung der Auslandschweizerinnen und -schweizer in die bestehenden sozialen Netze.	Ganz einfach: Alle Auslandschweizer müssen vollumfänglich ins schweizerische Sozialversicherungs- und Rentensystem integriert werden.	Wir schlagen seit Jahren ein einheitliches allgemeines System der Sozialversicherung beruhend auf dem Solidaritätsprinzip vor. Es soll unabhängig von Geschlecht und Zivilstand funktionieren und die AHV/IV zu einer eigentlichen Volkspension ausbauen, die allen eine menschenwürdige Existenz sichert; auch den AuslandschweizerInnen, die an ihr teilhaben.	Ein zu bildender Fonds für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer (über die AHV) sollte einen Passus enthalten, der die zweite Säule (BVG) in geeigneter Weise einschliessen würde. Finanziert werden könnte diese «Zusatz-AHV» durch eine Belastung ausländischer Geldanlagen in der Schweiz.
Die gegenseitige Anerkennung von Diplomen ist wichtig und muss rasch in bilateralen Verträgen, die auf Gegenseitigkeit beruhen, geregelt werden. Selbstverständlich sind die Mindestanforderungen, die an einen Diplominhaber gestellt werden, zu definieren!	Viele Probleme würden sich schon durch den EU-Beitritt, den wir anstreben, lösen. Im übrigen treten wir – nicht nur bei Auslandschweizern – für eine offene Zulassungspraxis ein.	Die SD steht der Gleichberechtigung der ausländischen Ausbildungs-Diplome mit den schweizerischen Diplomen nicht im Wege. Insbesondere für die eigenen Landsleute sollte eine Lösung gefunden werden, die jede Diskriminierung ausschliesst.	Die Normen müssen international und auf dem Verhandlungswege gegenseitig anerkannt werden. Dies ist voranzutreiben. Das Bildungssystem sollte für Auslandschweizerinnen und -schweizer zudem Ausnahmeregelungen grosszügig bejahen, wenn die inhaltlichen Voraussetzungen vorhanden sind.	Auslandschweizer dürfen keine Probleme haben, die Ausbildung in der Schweiz fortzusetzen – Punkt und Schluss. Mögen unsere Besserwisser daran denken und daran arbeiten!	Wir treten ein für die gegenseitige Anerkennung von gleichwertigen Diplomen, unbesehen der Herkunft ihrer InhaberInnen. Davon sollen selbstverständlich auch AuslandschweizerInnen profitieren.	Ausländische Diplome sollten nach Überprüfung des Ausbildungsstandards der Auslandschweizerin/des Auslandschweizers anerkannt werden. Bei einer «Typenprüfung» ausländischer Diplome könnte auf eine individuelle Nachprüfung verzichtet werden.

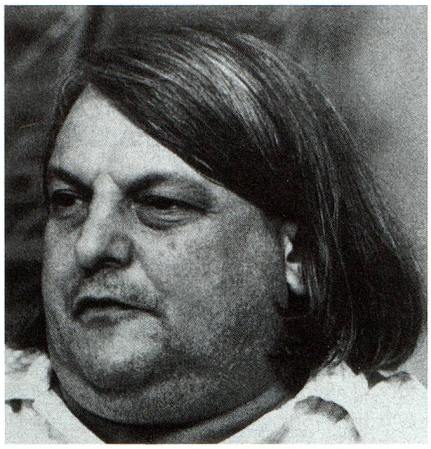


Hanspeter Thür

Grüne Partei der Schweiz (Grüne)
Sitze im Nationalrat: 14
Sitze im Ständerat: -

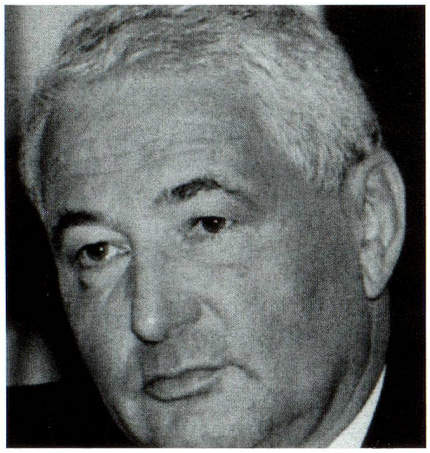
Monika Weber

Landesring der Unabhängigen (LdU)
Sitze im Nationalrat: 6
Sitze im Ständerat: 1



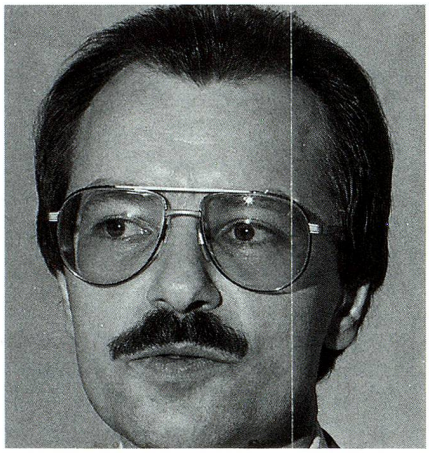
Giuliano Bignasca

Lega dei Ticinesi (Lega)
Sitze im Nationalrat: 2
Sitze im Ständerat: 1



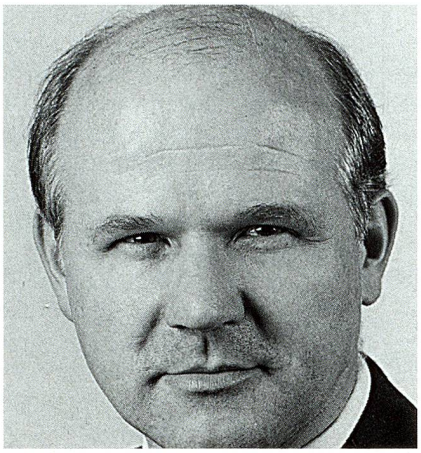
François Jeanneret

Liberale Partei der Schweiz (LPS)
Sitze im Nationalrat: 10
Sitze im Ständerat: 3



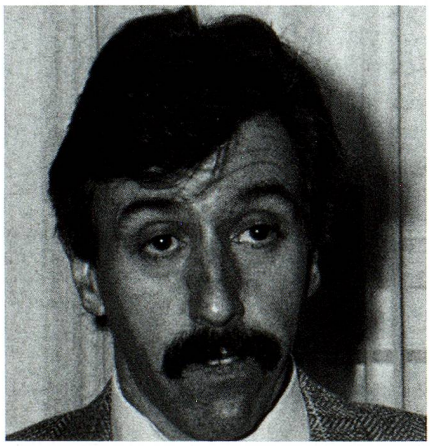
Rudolf Keller

Schweizer Demokraten (SD)
Sitze im Nationalrat: 5
Sitze im Ständerat: -



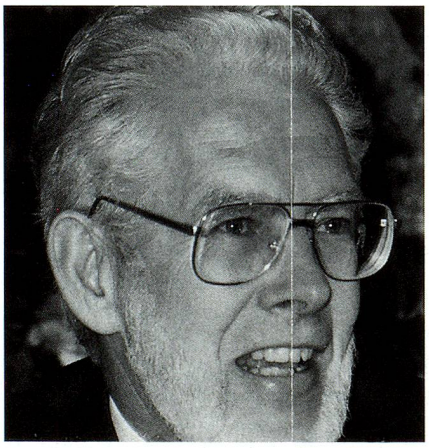
Jean Spielmann

Partei der Arbeit (PdA)
Sitze im Nationalrat: 2
Sitze im Ständerat: -



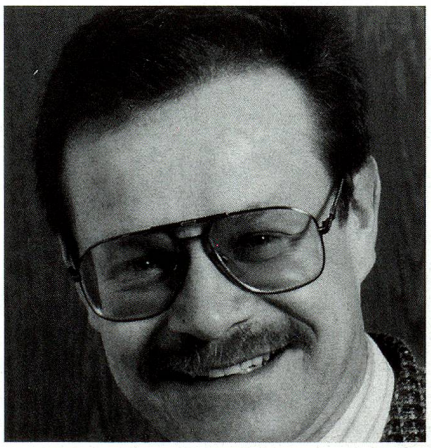
Roland Borer

Freiheitspartei der Schweiz (FPS)
Sitze im Nationalrat: 8
Sitze im Ständerat: -



Otto Zwygart

Evangelische Volkspartei (EVP)
Sitze im Nationalrat: 3
Sitze im Ständerat: -



Christian Waber

Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
Sitze im Nationalrat: 1
Sitze im Ständerat: -